

## **Satzung über die Erhebung der Hundesteuer und die Anmeldung von Hundehaltungen (Hundesteuersatzung)**

Auf Grund von § 4 Gemeindeordnung Baden-Württemberg sowie den §§ 2, 8 und 9 Kommunalabgabengesetz für Baden-Württemberg in der derzeit gültigen Fassung, hat der Gemeinderat am 21.11.1996 folgende Satzung, zuletzt geändert am 29.04.2021, beschlossen:

### **§ 1**

#### **Steuergegenstand**

- (1) Die Stadt Göppingen erhebt die Hundesteuer nach dieser Satzung.
- (2) Der Steuer unterliegt das Halten von Hunden durch natürliche Personen im Stadtgebiet, soweit es nicht ausschließlich der Erzielung von Einnahmen dient.
- (3) Wird ein Hund gleichzeitig in mehreren Gemeinden gehalten, so ist die Stadt Göppingen steuerberechtigt, wenn der Hundehalter einen Hauptwohnsitz in Göppingen hat.

### **§ 2**

#### **Steuerschuldner und Haftung, Steuerpflichtiger**

- (1) Steuerschuldner und Steuerpflichtiger ist der Halter eines Hundes.
- (2) Halter eines Hundes ist, wer einen Hund in seinem Haushalt oder seinem Wirtschaftsbetrieb für Zwecke der persönlichen Lebensführung aufgenommen hat. Kann der Halter eines Hundes nicht ermittelt werden, so gilt als Halter, wer den Hund wenigstens drei Monate lang gepflegt, untergebracht oder auf Probe oder zum Anlernen gehalten hat.
- (3) Alle in einem Haushalt gehaltenen Hunde gelten als von den Haushaltsmitgliedern gemeinsam gehalten.
- (4) Halten mehrere Personen gemeinschaftlich einen oder mehrere Hunde, so sind sie Gesamtschuldner.
- (5) Ist der Hundehalter nicht zugleich Eigentümer des Hundes, so haftet der Eigentümer neben dem Steuerschuldner als Gesamtschuldner.

### **§ 3**

#### **Beginn und Ende der Steuerpflicht**

- (1) Die Steuerpflicht beginnt am ersten Tag des auf den Beginn des Haltens folgenden Kalendermonats, frühestens mit Ablauf des Kalendermonats, in dem der Hund drei Monate alt wird. Beginnt die Hundehaltung bereits am 1. Tag eines Kalendermonats, so beginnt auch die Steuerpflicht mit diesem Zeitpunkt.
- (2) Die Steuerpflicht endet mit Ablauf des Kalendermonats, in dem die Hundehaltung beendet wird. § 10 Abs. 2 und § 11 Abs. 3 bleiben unberührt.

## § 4

### Erhebungszeitraum; Entstehung der Steuer

- (1) Die Steuer wird als Jahressteuer erhoben. Erhebungszeitraum ist das Kalenderjahr.
- (2) Die Steuerschuld für das Kalenderjahr entsteht am 1. Januar für jeden an diesem Tag im Gemeindegebiet gehaltenen über drei Monate alten Hund.
- (3) Beginnt die Steuerpflicht im Laufe des Kalenderjahres, so entsteht die Steuerschuld für dieses Kalenderjahr mit dem Beginn der Steuerpflicht.

## § 5

### Steuersatz

- (1) Die Steuer beträgt im Kalenderjahr für
  1. a) den ersten Hund 108,00€  
b) jeden weiteren Hund 216,00€
  2. den ersten und jeden weiteren Kampfhund 780,00€  
bzw. gefährlichen Hund
  3. Werden neben Kampfhunden und / oder gefährlichen Hunden nach Ziffer 2 noch Hunde nach Ziffer 1 gehalten, so gelten diese als weitere Hunde gemäß Ziffer 1 Buchstabe b).
  4. Beginnt oder endet die Steuerpflicht im Laufe des Kalenderjahres, beträgt die Steuer den der Dauer der Steuerpflicht entsprechenden Bruchteil der Jahressteuer.
  5. Steuerfreie Hunde (§ 6) sowie Hunde in einem Zwinger (§ 7) bleiben bei der Berechnung der Anzahl der Hunde außer Betracht.
- (2)
  1. Kampfhunde im Sinne dieser Satzung sind Hunde, bei denen aufgrund rassespezifischer Merkmale durch Zucht oder im Einzelfall wegen ihrer Haltung oder Ausbildung von einer gesteigerten Aggressivität und Gefährlichkeit gegenüber Menschen oder Tieren auszugehen ist. Als Kampfhunde gelten insbesondere Hunde folgender Rassen:  
Bullterrier, Pit Bull Terrier, American Staffordshire Terrier, Bullmastiff, Mastino Napolitano, Fila Brasileiro, Bordeaux-Dogge, Mastin Espanol, Staffordshire Bullterrier, Dogo Argentino, Mastiff und Tosa Inu sowie Kreuzungen untereinander oder mit anderen Hunden der 1. Elterngeneration.
  2. Gefährliche Hunde im Sinne dieser Satzung sind alle Hunde, die aufgrund ihres Verhaltens die Annahme rechtfertigen, dass durch sie eine Gefahr für Leben und Gesundheit von Menschen oder Tieren besteht. Gefährliche Hunde sind insbesondere Hunde, die bissig sind, die in aggressiver oder gefahrdrohender Weise Menschen oder Tiere anspringen oder die zum unkontrollierten Hetzen oder Reißen von Wild, Vieh oder anderen Tieren neigen.  
Die Entscheidung der Ortspolizeibehörde über die Einstufung als gefährlicher Hund ist für die Festsetzung der Steuer bindend.
- (3) Die Zwingersteuer wird in Höhe der Steuer für einen ersten Hund und einen weiteren Hund (Erst- und Zweithund) gem. Absatz 1 erhoben.

## § 6

### Steuerbefreiung

- (1) Steuerbefreiung ist auf Antrag zu gewähren für das Halten von
1. Hunden, die ausschließlich dem Schutz und der Hilfe tauber, blinder oder sonst hilfebedürftiger Personen dienen. Sonst hilfebedürftig nach Satz 1 sind insbesondere Personen, die einen Schwerbehindertenausweis mit den Merkzeichen „B“, „BL“, „aG“ oder „H“ besitzen,
  2. Hunden, die die Prüfung für Rettungshunde oder die Wiederholungsprüfung mit Erfolg abgelegt haben und für den Schutz der Zivilbevölkerung zur Verfügung stehen.
- (2) Für Kampfhunde und gefährliche Hunde nach § 5 Abs. 2 wird keine Steuerbefreiung gewährt.

## § 7

### Zwingersteuer

- (1) Von Hundezüchtern, die mindestens zwei rassereine Hunde der gleichen Rasse, darunter eine Hündin im zuchtfähigen Alter, zu Zuchtzwecken halten, wird die Steuer auf Antrag für die Hunde dieser Rasse nach § 5 Abs. 3 erhoben, wenn der Zwinger, die Zuchttiere und die gezüchteten Hunde in das Zuchtbuch einer von der Gemeinde anerkannten Hundezüchtervereinigung eingetragen sind.
- (2) Die Ermäßigung ist nicht zu gewähren, wenn in den letzten drei Kalenderjahren keine Hunde gezüchtet worden sind.
- (3) Für die Hunderassen, für die nach der Polizeiverordnung des Innenministeriums und des Ministeriums Ländlicher Raum über das Halten gefährlicher Hunde ein Zuchtverbot besteht, wird keine Zwingersteuer gewährt.

## § 8

### Allgemeine Bestimmungen über Steuervergünstigungen

- (1) Steuerermäßigung (Steuervergünstigung) oder Steuerbefreiung, werden ab dem ersten Tag des auf den Eintritt der Voraussetzungen folgenden Kalendermonats gewährt.  
Bei Wegfall der Voraussetzungen endet die Steuerermäßigung (Steuervergünstigung) oder Steuerbefreiung am letzten Tag des Kalendermonats, in dem die Voraussetzungen nicht mehr gegeben sind.  
In den Fällen des § 3 Abs. 1 ist der Beginn der Hundehaltung maßgebend.
- (2) Die Steuervergünstigung ist zu versagen, wenn
1. die Hunde, für die eine Steuervergünstigung in Anspruch genommen wird, für den angegebenen Verwendungszweck nicht geeignet sind,
  2. keine ordnungsmäßigen Bücher über den Bestand, den Erwerb und die Veräußerung der Hunde geführt werden oder wenn solche Bücher der Stadt nicht bis zum 31. März des jeweiligen Kalenderjahres vorgelegt werden. Wird der Zwinger erstmals nach dem Beginn des Kalenderjahres betrieben, so sind die Bücher bei Antragstellung der Ermäßigung vorzulegen.

3. in den Fällen des § 6 Nr. 2 die geforderte Prüfung nicht innerhalb von zwölf Monaten vor dem in Absatz 1 bezeichneten Zeitpunkt von den Hunden mit Erfolg abgelegt wurde.

(3) Wird der Antrag später als drei Monate nach Vorliegen der Voraussetzung gestellt, so gilt für den Eintritt der Voraussetzungen der Tag der Antragstellung.

## § 9

### Festsetzung und Fälligkeit

- (1) Die Steuer wird durch Steuerbescheid festgesetzt und ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Steuerbescheides zu entrichten.
- (2) In den Fällen der §§ 3 und 4 Abs. 3 ist die Steuer auf den der Dauer der Steuerpflicht entsprechenden Teilbetrag festzusetzen.
- (3) Endet die Steuerpflicht im Laufe des Jahres (§ 3 Abs. 2) und war die Steuer bereits festgesetzt, ergeht ein Änderungsbescheid.

## § 10

### Anzeigepflicht

- (1) Wer im Gemeindegebiet einen über drei Monate alten Hund hält, hat dies innerhalb eines Monats nach dem Beginn der Haltung oder nachdem der Hund das steuerbare Alter erreicht hat, der Stadt unter Angabe der Rasse schriftlich anzuzeigen. Dies gilt auch für das Vorliegen der Voraussetzungen für die Steuererhebung nach § 5 Abs. 2. Die Anzeigepflicht besteht unabhängig von der Steuerpflicht.
- (2) Endet die Hundehaltung oder entfallen die Voraussetzungen für eine gewährte Steuervergünstigung, so ist dies der Stadt innerhalb eines Monats schriftlich anzuzeigen.
- (3) Eine Verpflichtung nach Absatz 1 und 2 besteht nicht, wenn feststeht, dass die Hundehaltung vor dem Zeitpunkt, an dem die Steuerpflicht beginnt, beendet wird.
- (4) Wird ein Hund veräußert, so ist in der Anzeige nach Abs. 2 der Name und die Anschrift des Erwerbers anzugeben.

## § 11

### Steuermarke

- (1) Für jeden angezeigten Hund wird eine Hundesteuermarke ausgegeben. Nach Ablauf von jeweils 3 Rechnungsjahren sind einheitlich neue Hundesteuermarken auszugeben. Bis zur Ausgabe der neuen Hundesteuermarke ist die Hundesteuermarke des bisherigen Ausgabezeitraumes zu tragen.
- (2) Der Hundehalter muss die von ihm gehaltenen, außerhalb des von ihm bewohnten Hauses, der Wohnung oder des umfriedeten Grundbesitzes, laufenden steuerpflichtigen oder anzeigepflichtigen Hunde mit einer gültigen und sichtbar befestigten Hundesteuermarke versehen.
- (3) Endet die Hundehaltung, so ist die Hundesteuermarke mit der Anzeige nach § 10 zurückzugeben. Die Hundesteuermarke ist Eigentum der Stadt Göppingen.
- (4) Bei Verlust einer Hundesteuermarke wird an den Halter des Hundes eine Ersatzmarke ausgegeben. Die Ausgabe der Ersatzmarke ist gebührenpflichtig. Wird eine in Verlust geratene Steuermarke wieder aufgefunden, ist diese unverzüglich an die Stadt zurückzugeben.

## § 12

### Ordnungswidrigkeit

Ordnungswidrig im Sinne des § 5 a Abs. 2 Nr. 2 Kommunalabgabengesetz handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig einer Verpflichtung nach §§ 10 oder 11 zuwiderhandelt.

## § 13

### Inkrafttreten

- (1) Die Satzung tritt am 01. Januar 1997 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Satzung über die Hundesteuer vom 07.12.1989 (NWZ 13.12.1989) außer Kraft.

Ausgefertigt:  
Göppingen, den 21. November 1996

gez. H a l l e r  
Oberbürgermeister